Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse

Herausgeber: Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte

Band: 75 (1981)

Artikel: Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815) : der Kampf der beiden letzten Fürstbischöfe Joseph Sigismund von Roggenbach und Franz Xaver von Neveu gegen die Säkularisation

Autor: Jorio, Marco

Kapitel: 2: Neveu und der Meinungskampf im Fürstbistum

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-130042

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Reiseabsichten des Fürstbischofs waren bereits an die Öffentlichkeit gedrungen und hatten großes Aufsehen erregt [1].

Andlau verbot schließlich Billieux, seinen Posten in Pruntrut zu verlassen. Domherr Wangen reiste im August allein nach Paris. Während über vier Monaten versuchte er, den französischen König und die Regierung für die Wiederherstellung des Fürstbistums und die Bildung eines Schweizer Kantons nach dem Vorbild Neuenburgs zu gewinnen [2].

Obwohl er die Unterstützung des Erzbischofs von Reims, des bayerischen Gesandten Du Verger und des badischen Gesandten v. Pfirt hatte, stand Wangen auf verlorenem Posten. Der Stellvertreter Talleyrands, Comte de Jaucourt, verhehlte ihm nicht, daß die Entscheidungen in Wien und nicht in Paris gefällt würden und daher sein Aufenthalt in Frankreich nutzlos sei [3].

Entmutigt bat Wangen den Fürstbischof mehrfach um seine Abberufung. Am 10. Januar 1815 rief ihn Neveu endlich zurück. Er beurteilte die Mission selber als Mißerfolg [4].

2. *Neveu und der Meinungskampf im Fürstbistum*

Die Ausschaltung der Opposition im Norden

Joseph v. Neveu hatte seinem Onkel aus Paris gemeldet, daß am Friedenskongreß die Stimme der Völker berücksichtigt würde. Der Fürstbischof hielt es daher für seine Pflicht, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Mit Leuten aus allen Bevölkerungsschichten stand er seit dem

[1] BiASO 2, 23.8., 25.8., 27.8.1814.

[2] Die Korrespondenz Neveu-Wangen in BiASO 2 und 3.

[3] BiASO 2, 30.9. (Ferrette an Neveu), 14.10.1814 (Wangen an Neveu).

[4] Die Interventionen Wangens gingen nicht spurlos an der französischen Diplomatie vorbei. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Ludwig XVIII. und Talleyrand (Pallain, 116/17, 152/53). Ludwig XVIII. an Talleyrand, Paris 15.11.1814: «... je répugne encore plus à dépouiller autrui et après tout, les droits du prince-évêque de Bâle, moins importants sans doute au repos de l'Europe, ne sont moins sacrés qu ceux du Roi de Saxe. Si cependant la spoliation du premier de ces princes est inévitable, mû par la (...) considération de (...) rendre un grand service au canton de Berne, je consentirai à l'échange». Talleyrands Antwort vom 30.11.1814 beendete in Paris die Diskussionen über eine mögliche Restitution Neveus: «L'ancien prince-évêque de Bâle (...) ne saurait, comme prince, en recouvrer la possession, qu'il a perdue, non par le simple fait de la conquête, mais par la sécularisation générale des Etats ecclésiastiques de l'Allemagne en 1803. Il jouit, comme prince, d'une pension de soixante mille florins, et ne prétend à rien de plus.»

Einmarsch der Alliierten in ständigem Kontakt. In Offenburg trafen aus allen Teilen des ehemaligen Hochstifts Briefe ein, die über die Stimmung im Volk informierten und bischofsfeindliche Bewohner denunzierten. Viele, die unter Frankreich Amt und Würde verloren hatten, hofften, im neuen Fürstbistum dafür entschädigt zu werden [1].

In den ersten Monaten des Jahres 1814 gab es im Land keinen Konsens über die weitere Zukunft [2]. Man war von den Ereignissen vollkommen überrumpelt worden. Als erste regte sich die französische Partei [3]. Sie war besonders in den Städten Pruntrut und Delsberg verwurzelt. Ihre Anhänger waren Franzosen, die in den vergangenen zwanzig Jahren zugewandert waren, oder Käufer von säkularisiertem Kirchengut, die bei der Rückkehr des Fürstbischofs den Verlust ihres Besitzes befürchteten.

Ende April veröffentlichte Sigismond Moreau, Mitglied und Sekretär des napoleonischen Corps législatif, ein Mémoire, worin er sich für den Verbleib des Landes bei Frankreich aussprach [4].

Am 18. April unterstützte ihn der Stadtrat von Pruntrut in einer Petition an Ludwig XVIII. Am 1. Mai reiste eine achtköpfige Delegation nach Paris und bat den König, sich dafür einzusetzen, daß ihre Heimat französisch bleibe. In Pruntrut brach ein Sturm der Entrüstung aus. Auf Initiative Arnoux' und Billieux' richteten am 3. Mai 124 Bürger eine Petition an den Generalgouverneur. Darin protestierten sie gegen das Vorgehen des Stadtrates und sprachen sich für die Rückkehr des Fürstbischofs und den Anschluß des Landes an die Schweiz aus. Billieux gelangte an Metternich und stellte den Vorstoß der Pruntruter Behörden als Schritt einer kleinen, nicht repräsentativen Gruppe dar [5].

Neveu reagierte heftig auf die Vorstöße der französischen Partei. Er sprach ihr jede Legitimität und jeden Rückhalt im Volke ab. Dem ehe-

[1] BiASO 1, 12.5.1814. Ebd. die Briefe aus dem Fürstbistum.

[2] Alle Historiker stellten die unterschiedlichen Wünsche der verschiedenen Landesteile fest (vgl. RUFFIEUX-PRONGUÉ, 32; BALLMER, 15–21; BEUCHAT, 23–30; COMMENT, 34–41; SCHWANDER, 56). Allgemein wurde aber angenommen, daß diese Uneinigkeit bis zum Entscheid des Wiener Kongresses gedauert habe. Bisher stellte einzig v. GREYERZ, 142 einen Meinungs- und Willensbildungsprozeß fest: zu Beginn des Jahres 1814 war keine bestimmte politische Tendenz feststellbar, «hernach scheint eine gewisse Zusammenfassung der Meinung erfolgt zu sein».

[3] Bei diesen «Parteien» handelt es sich selbstverständlich nicht um Parteien im modernen Sinn, sondern mehr um Strömungen. Zur französischen «Partei» s. GRESSOT, 67–70.

[4] Abgedruckt bei FOLLETÊTE, Origines, 85–91.

[5] BEUCHAT, 29, 75; FOLLETÊTE, Origines, 71–72, 76–78; VIATTE, Documents, 47; QUIQUEREZ, Réunion, 29–32. BiASO 1, 12.5.1814.

maligen fürstbischöflichen Statthalter Moreau warf er vor, mit seinen «purs sophismes» die Pruntruter Stadtregierung übertölpelt zu haben. Er befahl Billieux, sofort eine Gesandtschaft zu den Alliierten zu schicken, um den franzosenfreundlichen Umtrieben ein Ende zu bereiten [1].

Der Friede von Paris kam der Mission Billieux' zuvor. Der gescheiterte Versuch der oberrheinischen Departementsbehörden, wieder in den Besitz des Fürstentums zu gelangen, ließ die kleine, französische Partei verstummen. Moreau rückte rasch von seiner Denkschrift ab und befürwortete von da an die Gründung eines eigenen Kantons.

Andlau gelang es nach seiner Rückkehr ins Land mühelos, die letzten Franzosenfreunde auszuschalten. Er setzte den französisch gesinnten Stadtrat von Delsberg unter Verdan ab und ernannte Anton v. Grandvillers, den letzten Kommandanten des fürstbischöflichen Regiments, zum neuen Maire. Gleich verfuhr er in Pruntrut, wo er am 18. September Bürgermeister Goetschy durch Arnoux, den Schwiegersohn Schumachers, ersetzte [2].

Neben der französischen Partei machte sich in der ersten Jahreshälfte im Norden auch eine «Basler Partei» bemerkbar. Mit Hilfe der Regierung von Basel gelangten am 13. Mai 1814 die Meier der deutschen Ämter und des Delsbergertales an die Tagsatzung. Sie baten um die Aufnahme in den Kanton Basel, nachdem ihr erster Wunsch, die Wiederherstellung der fürstbischöflichen Herrschaft, und auch ihr zweiter Wunsch, die Bildung eines eigenen Kantons, nicht realisierbar seien. Der Vorstoß wurde von Bürgermeister Wieland den Mächten übermittelt.

Billieux intervenierte sofort beim Präsidenten der Tagsatzung und den alliierten Botschaftern in Zürich und forderte sie auf, der Bittschrift keine Beachtung zu schenken. Er stellte die Meier zur Rede und verbot ihnen, in Zukunft ähnliche Schritte zu unternehmen. Vom Anschluß an Basel war fortan nicht mehr die Rede [3].

[1] BiASO 1, 12.5., 24.5.1814.

[2] QUIQUEREZ, Réunion, 41/42. Zu Anton v. Grandvillers s. L. CHAPPUIS, Généalogies Jurassiennes (famille de Grandvillers), in: Actes 34 (1929) 133/34.

[3] Text der Petition s. VIATTE, Documents, 57/58. Im weiteren BiASO 1, 14.5., 20.5., 27.5.1814. Über die Politik Basels gegenüber dem Fürstbistum ist wenig bekannt (s. MARTIN, 307/08). Fest steht, daß Lebzeltern am 17. April 1814 dem Basler Tagsatzungsgesandten Teile des Fürstbistums (bes. die ehemalige Vogtei Birseck) angeboten hatte und seither Basel heimlich darauf hinarbeitete (StABS, Pr, C 2/1, 312 r/v; C 2/2, 5r, 30 r/v, 32 v; BAr, Abschriften, Wien 31, 2.6.1814). Vgl. dazu auch die Basler Ansprüche in der zeitgenössischen Publizistik (LUTZ, Verhältnisse, 36).

Billieux begnügte sich nicht damit, die Gegner der fürstbischöflichen Restauration auszuschalten. Sofort nach seiner Einsetzung als Kommissar Andlaus in der «Principauté de Porrentruy» ging er daran, die Anhänger Neveus und eines unabhängigen Kantons um sich zu scharen. Im katholischen Teil des Fürstbistums hatte er dabei leichtes Spiel [1].

Man war der französischen Herrschaft und des hohen Blutzolls, den die militärischen Abenteuer Napoleons gefordert hatten, müde. Mit Wehmut erinnerte man sich der milden Herrschaft der Basler Bischöfe. Weite Kreise der von Requisition und Seuchen geplagten Bevölkerung erwarteten von der Rückkehr Neveus und der Aufnahme des restaurierten Fürstbistums in den eidgenössischen Bund die Wiederherstellung des früheren, glücklichen Zustandes. Es gelang Billieux rasch, die Unterstützung der lokalen Notabeln, der Maires, Pfarrer und der früheren fürstbischöflichen Beamten zu gewinnen. Bereits im April meldete er triumphierend nach Offenburg, daß Delsberg, St. Ursanne, Saignelégier und die deutschen Ämter vorbehaltlos auf der Seite des Fürstbischofs stünden [2].

Billieux forderte die Gemeinden auf, den Wunsch der Mehrheit sofort den Alliierten mitzuteilen. Am 1. Mai erließen die Maires von St. Ursanne die erste Petition zu Handen der Mächte. In den ersten beiden Maiwochen ließ Billieux in allen Gemeinden die Familienvorstände zusammenrufen. Landauf und landab wurden Unterschriften zu Gunsten eines eigenen Kantons gesammelt. Arnoux und Elsässer reisten persönlich durchs Delsbergertal und die deutschen Ämter.

Erwartungsgemäß sprachen sich fast alle Einwohner für Neveu und einen Kanton Fürstbistum aus. Von den rund 3500 Familienvorständen im französischsprachigen Norden unterschrieben 2737 Billieux' Petition. Nur einer in Saignelégier wagte es, sich öffentlich für den Verbleib des Landes bei Frankreich auszusprechen. Billieux sandte die Unterschriften am 20. Mai dem Generalgouverneur, der sie unverzüglich an Metternich weiterleitete [3].

[1] Quiquerez, Réunion, 33; Bessire, 236; Bélet I, 15: «C'était en avril 1814 et, à cette même date, se trouvant les premiers vestiges d'une direction donnée au pays pétitionner en faveur de l'ancien régime; les communes commençaient à écrire aux sous-préfets qu'elles désiraient rentrer sous le gouvernement du Prince.»

[2] BiASO 1, 26.4., 12.5.1814.

[3] Folletête, Origines, 79; Viatte, Documents, 51/52; BiASO 1, 12.5., 21.5. 1814. Die Petitionen mit den Unterschriften sandte Billieux am 20. Mai dem Generalgouverneur. Sie befinden sich heute im HHStA, Kleinere Betreffe 2. Es fehlen die-

Neveu unterstützte die Bemühungen Billieux'. Er akzeptierte dankbar das Angebot Rebetez' und Seurets, für ihn in Delsberg und Umgebung tausend Unterschriften zu sammeln. Zu ihrer Unterstützung sandte er mehrere hundert Exemplare seiner Bittschrift vom 12. März an Generalvikar Maler, der sie im Land verteilen ließ [1].

Das zweite «Plebiszit» (September 1814)

Mit der Rückkehr Andlaus nach Arlesheim verstärkte die fürstbischöfliche Partei ihre Aktivitäten. Auf seiner Reise zu Metternich nach Straßburg traf Andlau in Offenburg mit Neveu zusammen. Der Fürstbischof verlangte, daß das Volk seine Anhänglichkeit an die alte Regierungsform nochmals durch einen «acte authentique» den Mächten vortragen könne. Zudem forderte er die Entsendung einer Landesdeputation nach Wien, um an Ort und Stelle seine Restitution zu betreiben. Neveu hoffte, mit der einstimmigen Volksmeinung im Rücken auf dem Kongreß seine Ansprüche besser durchsetzen zu können: «Dans ce cas particulier le vœu national concourt avec mes droits et réclamations» [2].

Im August 1814 unternahm Andlau eine «Inspektionsreise» durch das Generalgouvernement, um sich ein Bild von der Stimmung im Land zu verschaffen. In Pruntrut und Delsberg wurde er begeistert empfangen. Er versammelte die Ortsvorsteher und forderte sie auf, nochmals in Wien die Rückkehr des Fürstbischofs zu verlangen [3].

In einer koordinierten Aktion sandten Anfang September die «maires et députés» der Vogteien Ajoie, St-Ursanne, Delsberg, Saignelégier, Zwingen, Pfeffingen und Birseck fast gleichlautende Bittschriften an die Tagsatzung und an den Kaiser von Österreich. Darin baten sie Franz I., «leur accorder très gracieusement sa toute puissante Protection pour que, réunis en famille comme ils l'ont toujours été, ils soient aggréger à la Confédération Suisse comme Canton et sous le Gouvernement paternel de leurs anciens Princes-Evêques avec une Constitution adaptée au sistème de la Suisse en général» [4].

jenigen der deutschen Ämter (mit Ausnahme der Gemeinde Wahlen vom 14.5.1814 in: AAEB, Fond Kohler, Réunion).

[1] BiASO 1, 7.5., 9.5., 24.5.1814 (abgedruckt bei VIATTE, Documents, 48–50); BiASO 2, 11.6.1814. GUÉLAT II, 39.

[2] Zit.: BiASO 2, 16.6.1814. Vgl. ferner ebd., 28.8.1814; BiASO, Domkapitel, Protokoll des ersten Kapiteltages, 16.7.1814.

[3] QUIQUEREZ, Réunion, 39/40; GUÉLAT II, 58–64. BiASO 2, 2.8., 8./20.8., 3.9.1814.

[4] DAUCOURT, Annexion, 10. Text der Petitionen: BALLMER, 18/19; BiASO 2;

Migy und Grandvillers ließen in Pruntrut, Delsberg und allen Landgemeinden zum zweitenmal die Familienvorstände versammeln und Petitionen zu Handen der in Wien versammelten Mächte unterschreiben. In der Ajoie (außer Pruntrut) stellten sich von den 2040 stimmberechtigten Einwohnern 1612 hinter ihre Behörden. In Pruntrut unterschrieben 256, in den Freibergen 541 und in St. Ursanne 410 Familienoberhäupter. Ebenso deutlich war die Unterstützung in den deutschen Ämtern [1].

Der rebellische Süden

Die ehemals helvetischen Gebiete gingen nach der Befreiung von Frankreich eigene Wege. In mehreren Gesandtschaften zu den Monarchen nach Basel, zu Schwarzenberg und zu den Kantonen erreichten sie schon zu Beginn des Jahres 1814 die Anerkennung als eidgenössisches Territorium [2]. Überall wurden die alten Behörden wieder eingesetzt.

Als Freiherr v. Andlau nach dem Pariser Frieden daran ging, seine Autorität auch im Süden durchzusetzen, stieß er auf den Widerstand der Bewohner, die sich nicht dem «ausländischen» Generalgouverneur unterstellen wollten. Insbesondere dessen Steuerforderungen trieb die Südjurassier auf die Barrikaden. Es zirkulierten anonyme Schmähschriften gegen Andlau [3].

Auf Drängen der alliierten Gesandten ließ die Tagsatzung im Mai den ehemals schweizerischen Teil des Fürstbistums durch eidgenössische Truppen besetzen. Sie wies aber den Wunsch Andlaus zurück, die Besetzung auf das ganze Fürstbistum auszudehnen und das schweizerische Militär dem Generalgouverneur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und

BAr, Tagsatzung 1814–1848, 4: Pétitions des régions de Bienne, Erguel, Münsterthal et d'autres contrées du diocèse (!) de Bâle pour la réintégration à la Suisse, 1813–1815.

[1] DAUCOURT, Annexion, 10. BiASO 2, 10.9.1814. Diese Petitionen waren wie diejenigen vom Mai bis heute unbekannt (vgl. RUFFIEUX-PRONGUÉ erwähnen sie nicht). Die Originale sind verschollen, außer von einigen Gemeinden der deutschen Ämter (Grellingen, Burg, Liesberg, Nenzlingen, Oberwil, Röschenz, Zwingen mit total 245 Unterschriften) in AAEB, Fond Kohler, Réunion. Ergebnisse des Arrondissement Pruntrut zusammengestellt in StABE, Fürstentum Pruntrut, 20.

[2] Erklärung Schwarzenbergs vom 12.1.1814: BAr, Abschriften, Wien, Rolle 4, 70c.

[3] FOLLETÊTE, Origines, 106–112: «La réunion des Amis d'une Constitution libérale, fédérative avec la Suisse, Pierre-Pertuis 1814.»

Ordnung zur Verfügung zu stellen. Stattdessen sandte die Tagsatzung Oberst Hauser von Näfels ins Fürstbistum, um zwischen Andlau und der widerspenstigen Bevölkerung zu vermitteln.

Die Lage verbesserte sich jedoch nicht. Am 22. August 1814 forderten die Alliierten die Schweiz in einer ultimativen Note auf, die Gemeinden im Süden zum Gehorsam gegenüber dem Generalgouverneur der Mächte zu zwingen und notfalls den Aufruhr mit eidgenössischen Truppen niederzuwerfen. Sie drohten andernfalls mit dem Einmarsch von österreichischem Militär [1].

Die Südjurassier fügten sich zähneknirschend. Bern und Biel hintertrieben aber weiterhin heimlich die Anordnungen des Generalgouverneurs und stachelten die Gemeinden zum Ungehorsam auf. Moutier weigerte sich deshalb hartnäckig, den geforderten Unterwerfungseid zu leisten. Bis zur Auflösung des Generalgouvernements konnte sich Andlau im Süden nie richtig durchsetzen. Immer wieder beklagte er sich erfolglos bei Metternich, den Gesandten in Zürich und der Tagsatzung über die aufrührerischen Südjurassier und das zweideutige Verhalten der Berner Regierung [2].

Der Süden zwischen Biel, Bern und Neuenburg

Bereits zu Beginn des Jahres 1814 hatten sich im Süden drei Strömungen herauskristallisiert: die Bieler, Berner und Neuenburger «Partei».

Sofort nach dem Einmarsch der Alliierten richtete die Stadt Biel ihre alte Regierungsform wieder ein. Am 12. Januar 1814 erklärte Schwarzenberg Biel als Teil der Eidgenossenschaft. Hartnäckig versuchten darauf die Bieler, von den Mächten und der Tagsatzung die Anerkennung als eigener Schweizer Stand zu erlangen. Sie nahmen ihre vorrevolutionären Bemühungen wieder auf und begannen, die Gemeinden des Erguels für einen Anschluß an den «Kanton Biel» zu umwerben. Mit Ausnahme weniger Gemeinden, ließen sich jedoch die Südjurassier nicht für die

[1] BAr, Tagsatzung, 2126, No. 92–94.

[2] Vgl. dazu das Schreiben Schrauts an die Tagsatzung vom 28.1.1815 (BAr, Tagsatzung, 2126, No. 107): «Les difficultés ... sont toujours les mêmes ... Les plaintes du Gouverneur général, l'insoumission des endroits y désignés, le désaccord et les contrariétés mal déguisées qu'il y éprouvait de la part de la troupe, continuent sans aucune diminution.» Zu Andlaus Schwierigkeiten im Südjura: REPERTORIUM II/1, 150–157 (Südjura), 169–175 (Biel); BESSIRE, 234–237; BEUCHAT, 36–48; VIATTE, Documents, 59–80; MARTIN, 303–307.

Stadt erwärmen. Die starrköpfige Weigerung der Bieler, Andlau anzuerkennen, ihr Protest gegen die eidgenössischen Truppen im Süden des Fürstbistums und die aufdringliche Propaganda im St. Immertal verärgerten die Tagsatzung und die Mächte. Der Kanton Biel hatte daher von Anfang an keine Chancen [1].

Das Zentrum der pro-bernischen Partei war die Propstei Moutier-Grandval. Bereits am 11. Januar 1814 verlangten die Münstertaler den Anschluß an Bern. Während zwei Jahren waren sie von diesem Wunsch nicht mehr abzubringen. Mehrfach gelangten sie deswegen an die Eidgenossenschaft und die Alliierten [2].

Die Mächte hatten den Bernern bereits im Januar das Fürstbistum als Entschädigung für die Waadt und den Aargau angeboten. Am 29. März wies jedoch der Große Rat dieses Angebot zurück und forderte unnachgiebig die alten Vogteien. Trotzdem wollten die Berner das Fürstbistum nicht voreilig fahren lassen und arbeiteten zielbewußt auf die Einverleibung des protestantischen Südens hin. Schon im Frühjahr setzte im Südjura die bernische Propaganda ein, zuerst heimlich, im Verlaufe des Jahres immer offener. Im Mai schlug Mülinen den Notablen des Landes vor, sich bei den Monarchen für den Anschluß des Fürstbistums an Bern einzusetzen. Als bernische Truppen im August das von der Tagsatzung in den Südjura gesandte waadtländische Bataillon ablösten, hatte die Berner Regierung ihren Offizieren die Weisung gegeben, Bern bei der Bevölkerung beliebt zu machen und den Berntreuen den Rücken gegen Andlau zu stärken. Oberstleutnant Franz v. Erlach und Quartiermeister v. Wattenwyl erwiesen sich als die Hauptpropagandisten Berns im eidgenössisch besetzten Südjura [3].

In Neuenburg witterte man nach der alliierten Invasion Morgenluft. Die lange erträumte Vergrößerung des preußischen Fürstentums um die südlichen Juratäler schien plötzlich in Griffnähe gerückt. Die Neuenburger Regierung fand für ihre Expansionspläne die Unterstützung des preußischen Staatsministers Hardenberg. Im Fürstbistum war das Echo auf das Neuenburger Werben gering. Einzig La Neuveville bekundete etwas Interesse, verlangte aber, daß in diesem Fall auch der Tessen-

[1] Zur Geschichte Biels 1813–1815 s. Bourquin, 5–75; Guggisberg, 19–24.

[2] Zur Geschichte Moutiers in dieser Zeit: Folletête, Origines, 7–9, 72/73, 232/33; Comment, 38/39; Beuchat, 24/25; Bessire, 234/35.

[3] Viatte, 72–75; Beuchat, 35/36, 39–44; Ballmer, 14. Im weiteren die Briefe Erlachs an die Berner Regierung in Folletête, Origines, 152, 165, 175, 181, 205, 208, 218, 233, 242, 249.

berg zu Neuenburg geschlagen werde. Im Erguel fanden die Neuenburger nur in wenigen Gemeinden Zustimmung. Da Neuenburgs erste Sorge der Aufnahme des Fürstbistums in die Eidgenossenschaft galt, wurden die Vergrößerungsbemühungen nur halbherzig vorangetrieben. In der zweiten Jahreshälfte 1814 sprach im Fürstbistum bereits niemand mehr von Neuenburg [1].

Imers Kampf für den Fürstbischof

Neveu hatte anfänglich im Süden keine organisierte Anhängerschaft. Trotzdem standen seine Chancen bei den protestantischen Südjurassiern nicht schlecht. Am 27. April hatten sich die Maires des Erguel für die Beibehaltung der alten Rechte, wie sie unter den Fürstbischöfen bestanden hatten, ausgesprochen [2]. Am 7. Mai äußerte La Neuveville den Wunsch nach Rückkehr des Fürstbischofs und Wiederherstellung der alten Verfassung [3].

Als Andlau im Juni 1814 das Generalgouvernement in drei Kommissariate teilte, übergab er das Kommissariat Biel, das den ganzen Südjura umfaßte, dem früheren Landvogt des Erguel, Samuel Imer. Neveu gewann damit einen einflußreichen Helfer [4].

Imer hatte sich bereits vor der Besetzung des Fürstbistums durch die Alliierten für die Wiederherstellung der alten Reichsverfassung und die Rückkehr des Fürstbischofs nach Pruntrut ausgesprochen. Für den Fall, daß eine Restauration der bischöflichen Herrschaft nicht möglich sein sollte, forderte er den Anschluß des Landes an den Kanton Bern. Er stand im Unterschied zu den «Bischöflichen» im Norden einem eigenen Kanton skeptisch gegenüber:

> «cette idée tombe au simple apperçu du défaut de moyens en tous sens pour soutenir cet édifice & offrir à la Suisse une garantie suffisante de la garde de cette frontière & des relations extérieures» [5].

[1] Zu Neuenburgs Politik: Roulet, 203–207.

[2] Repertorium II/1, 150/51; Comment, 37/38; Beuchat, 25/26. BiASO 1, 27.4.1814 (Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung des Erguels), 7.5.1814.

[3] BiASO 1, 14.5.1814.

[4] BiASO 2, 26.6.1814.

[5] Zit.: BiASO 1, 4.5. (Imer an Metternich). Im weiteren zu Imer ebd., 19.12.1813, 28.1., 4.5., 27.5.1814 (abgedruckt Viatte, 72–75) und Abschied, Bd. 1, Beilage, Litt. O, S. 4.

Imer hatte bereits im Januar aus eigener Initiative in Basel mit Metternich über die Zukunft des Landes verhandelt. Anfangs Mai sandte er ihm einen Verfassungsentwurf für das Fürstbistum. Von seinem badischen Wohnsitz Grenzach aus versuchte er die Notabeln in La Neuveville und im Erguel für die Restitutionspolitik Neveus zu gewinnen [1].

Ende April reiste Imer nach Offenburg und besprach mit Neveu und Schumacher das weitere Vorgehen im Süden [2]. Wie im Norden wollte er die Monarchen durch Petitionen des Volkes, der Notabeln und der früheren hohen Beamten von der Notwendigkeit einer Restauration des früheren Zustandes überzeugen. Als vordringlichste Aufgabe sah Imer die Überwindung der politischen Zersplitterung und der Anarchie im Süden. Er wollte unter allen Umständen bei seinen Landleuten eine «uniformité des sentiments» erzwingen [3].

In Moutier und Biel stieß der Vertreter Andlaus im Kommissariat Biel auf taube Ohren. Die beiden Bezirke bereiteten ihm auch in seiner administrativen Tätigkeit laufend Schwierigkeiten. Trotz der Rückendeckung durch Andlau und die Mächte gelang es ihm bis Ende 1815 nicht, sich durchzusetzen [4].

Den größten Erfolg errang Imer im Erguel. Eine Landesversammlung der Maires beschloß am 27. September in Sonceboz mit 23 gegen 5 Stimmen, einen Ausschuß unter seinem Vorsitz zu bilden. Das «Comité d'Erguel» erhielt den Auftrag, die verbündeten Monarchen zu bitten, das Fürstbistum als eigenen Kanton der Schweiz anzuschließen und dem Fürstbischof die Exekutive zu übertragen. Falls dieser Wunsch sich nicht verwirklichen ließe, sollte das ganze Fürstbistum, zumindest aber der protestantische Süden, dem Kanton Bern einverleibt werden [5].

In La Neuveville schwankte die Stimmung der tief gespaltenen Bürgerschaft zwischen dem Fürstbischof und Bern. Imer erreichte, daß der neue, von Andlau eingesetzte Stadtrat am 12. September bei den Alliierten für die Rückkehr Neveus eintrat. Mit Stolz orientierte er den Fürst-

[1] Imers Gewährsleute waren im Erguel Pfarrer Charles-Ferdinand Morel in Corgémont (s. dazu JUNOD, Morel, 113–281; HBLS V, 160; SBB II, 119–148), der Maire von St. Imier Jaquet, in La Neuveville Maire Jacques-Georges Chiffelle (HBLS II, 565; IMER, Florian, Une lettre de J.-G. Chiffelle en 1815, in: Actes 33 [1928] 41–45) und Postmeister Chiffelle. Zur Korrespondenz zwischen ihnen und Imer: VIATTE, 58–60, 65–68. BiASO 1, 12.5., 2.6.1814.

[2] BiASO 1, 19.4., 7.5.1814.

[3] VIATTE, 61–66. BiASO 1, 2.5., 12.5., 14.5., 31.5.1814.

[4] BEUCHAT, 37, 44.

[5] FOLLETÊTE, Origines, 229–231; DAUCOURT, Annexion, 11–13; REPERTORIUM II/1, 155. Protokoll der Versammlung in BiASO 3.

bischof über diesen «vœu filieul qui rendroit un Père chéri à des enfans qui en furent trop longtems privés» [1].

Es war Imer daher sehr peinlich, als ein Teil der Bürger von La Neuveville hinter seinem Rücken eine Petition an die Berner Regierung und die Tagsatzung richtete und darin den Anschluß an Bern forderte. Die Schuld an dieser Panne schob Imer Biel zu. Energisch trat er daher dem Bieler Versuch entgegen, im Erguel Unterschriften für die Bildung eines eigenen Kantons zu sammeln [2].

Auch Fürstbischof Neveu sah in den Bieler Umtrieben die größte Gefahr für seine Stellung im Süden. Er versuchte, in der Stadt selber Fuß zu fassen und die Unabhängigkeitsbemühungen der Regierung zu hintertreiben. Von seinem Neffen in Paris wurde er auf Joseph Alexander Wildermett (1764–1819) aufmerksam gemacht, der für die Wiederherstellung der fürstbischöflichen Macht eintrete. Imer empfahl ihn als gewandten und geschickten Diplomaten, der über seine Schwester, die Gouvernante der preußischen Prinzessin Charlotte und späteren Zarin Alexandra Feodorowna, gute Beziehungen nach Berlin und St. Petersburg unterhalte. Wildermett verfaßte für Neveu zwei Gutachten. In Denkschriften an die preußischen und russischen Minister trat er für die Wiedererrichtung des Fürstbistums ein. Er konnte jedoch in der Bieler Politik nichts ausrichten, da er als wirtschaftlich Gescheiterter, der in Pieterlen zurückgezogen lebte, in seiner Heimatstadt kein Ansehen genoß [3].

Mit dem Beginn des Wiener Kongresses flauten in der Öffentlichkeit die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes ab. Drei politische Strömungen hatten sich bis Herbst 1814 durchgesetzt. Im Norden hatte sich die überwältigende Mehrheit, im Süden eine starke Minderheit für die Rückkehr des Fürstbischofs und einen eigenen Kanton ausgesprochen [4]. Die Anhänger Berns stellten im Süden zweifellos die Mehr-

[1] Zit.: BiASO 3, 11.10.1814. Bessire, 236; Beuchat, 42. Protokollauszug in BiASO 3, 12.9.1814. Der Tessenberg sandte im September eine ähnliche Petition an die Gesandten in Zürich (Abschrift ebd.).

[2] Repertorium, II/1, 154, 156; Beuchat, 44. BiASO 3, 10.12.1814.

[3] Zu Wildermett s. SBB V, 232/33. Seine Schwester war Maria Margaretha von Wildermett (1777–1839) (s. SBB V, 254/55; HBLS VII, 537). BiASO 1, 12.5., 27.5.1814; BiASO 2, «Mémoire diplomatique et politique»; BiASO 3, 19.7., 29.9., 30.10.1814.

[4] Bei den «Bischöflichen» im Süden und Norden gab es erhebliche Unterschiede. Während im Norden die Anhänger Neveus um Andlau und Billieux beim Scheitern der Restitutionspolitik einen eigenen Kanton mit einer republikanischen Verfassung

heit, fanden dagegen im Norden überhaupt keine Unterstützung. Die schwächste der drei «Parteien» bildeten die Befürworter eines Kantons Biel. Sie beschränkten sich fast ausschließlich auf die eigene Stadt.

3. Der Wiederaufbau der Diözese Basel

Das päpstliche Breve vom 17. September 1814

Neveu hielt die Luzerner Nuntiatur über seine politischen Schritte immer auf dem Laufenden. Testaferrata und sein Auditor Cherubini ließen ihn gewähren, hielten jedoch alle Restitutionsbemühungen von vorneherein für aussichtslos. Ihr Interesse galt kirchenpolitischen Fragen, in erster Linie der Neuregelung der Diözesanverhältnisse in der Schweiz.

Verschiedentlich hatten in Luzern Neveu, die Domherren und Persönlichkeiten aus dem Fürstbistum den Wunsch geäußert, der Hl. Stuhl möge das Generalgouvernement sofort vom Bistum Straßburg lösen und es wieder dem Bischof von Basel «in spiritualibus» unterstellen [1]. Darauf schlug Testaferrata am 20. August Rom die sofortige Wiederherstellung der alten Diözese Basel vor [2].

Schon am 17. September erließ Papst Pius VII. ein Breve, worin er dem Bischof von Basel alle seine Gebiete, die mit dem Konkordat von 1801 an Straßburg übergangen waren, zurückgab [3]. Neveu war von diesem Geschenk aus Rom keineswegs begeistert, obwohl er seit über zehn Jahren unermüdlich für die Vergrößerung seiner Restdiözese gekämpft hatte. Er befürchtete, daß die vom Nuntius angekündigte, kompromißlose Durchsetzung des Breves einen Konflikt um die geistliche Jurisdiktion im Elsaß heraufbeschwören und die Bemühungen Wangens in Paris gefährden könnte. Er war daher von Anfang an ent-

anstrebten, sahen die Bischöflichgesinnten im Süden um Imer als Alternative zur Restauration des Fürstbischofs nur einen Anschluß an Bern.

[1] BiASO, Domkapitel, 24.6.; BiASO 1, 27.2., 26.4.1814. Zu den Befürwortern gehören auch Billieux und Andlau.

[2] BiASO 2, 20.8.1814: «Cette réunion spirituelle facilitera peut-être le succès des réclamations pour la souveraineté temporelle.»

[3] Breve abgedruckt in ABSCHIED, Bd. 2, Beilage Litt. X, 5 und VAUTREY, Evêques II, 510. Zum Breve GUÉLAT II, 69; LUTZ, Geschichte, 147/48; NUSSBAUMER, 195–201.